

NIDAU.links

| MAI 2021

| SP Nidau

Eine Mehrwertabgabe ist nur fair

Warum man dem Reglement für eine Mehrwertabgabe zustimmen sollte.

Seite 2

Voller Vorfreude auf die Wahlen im Herbst

Die Kandidierenden der SP für die Wahlen am 26. September im Überblick.

Seite 7

Geben wir diese Perle nicht her

Stimmen Sie „JA“ zur Sanierung der Hauptstrasse 78 (Guggerhaus).

Seite 4

Expo-Park – Quo vadis?

Zur Idee einer Volksinitiative zur Nutzung des Expo-Areals.

Seite 8



Angriff auf das Stadtpräsidium

„Ich möchte Brücken bauen.“
Interview mit Tobias Egger, unserem Kandidaten für das Amt des Stadtpräsidenten bei den kommunalen Wahlen am 26. September 2021.

Interview auf Seite 5

<p>PERLE ERHALTEN STATT VERSCHERBELN</p>  <p>JA ZUR SANIERUNG DER HAUPTSTRASSE 78</p>	<p>KLIMAGERECHTIGKEIT</p> <p>JA ZUR</p>  <p>JA ZUM</p> <p>CO₂-GESETZ</p>	<p>MEHRWERT FÜR ALLE STATT PROFIT FÜR WENIGE</p> <p>JA ZUM REGLEMENT ÜBER DIE MEHRWERTABGABE</p> <p>ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI</p>
--	--	---

KOMMUNALE ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI 2021

Eine Mehrwertabgabe ist nur fair - und bringt Mehrwert für alle



Autor: Michael Kramer, Vorstandsmitglied SP Nidau

Gegen das vom Stadtrat beschlossene Reglement zur Mehrwertabgabe (MAWR) wurde das Referendum ergriffen. Somit wird die Stimmbevölkerung darüber entscheiden, ob von planungsbedingten Gewinnen bei Um- und Aufzonungen künftig immer noch nur die Eigentümerinnen und Eigentümer von Immobilien profitieren sollen, oder ob nicht auch das Gemeinwesen, welches diese Mehrwerte erst generiert, einen kleinen Anteil davon erhalten soll.

Unsere Meinung dazu ist klar: Die Einführung einer Mehrwertabgabe auch bei Um- und Aufzonungen ist längst überfällig und wurde bereits jetzt unnötig lange hinaus gezögert. Die entsprechende SP-Motion wurde schon vor bald vier Jahren vom Stadtrat an den Gemeinderat zur Umsetzung überwiesen.

WORUM GEHT ES?

Am 1. April 2017 sind vom Grossrat beschlossene Änderungen des Baugesetzes in Kraft getreten. Mit den Änderungen werden die Gemeinden gemäss den Vorgaben des Raumplanungsgesetzes auf Bundesebene unter anderem verpflichtet,

Mehrwerte, die durch Neueinzonungen von Bauland entstehen, zu mindestens 20 Prozent abzuschöpfen. Den Gemeinden wurde darüber hinaus die Möglichkeit gelassen, auch bei der Zuweisung von Land zu einer anderen Bauzonenart mit besseren Nutzungsmöglichkeiten (Umzonung) oder bei der Anpassung von Nutzungsvorschriften im Hinblick auf die Verbesserung der Nutzungsmöglichkeiten (Aufzonung) eine Mehrwertabgabe zu erheben. Dies muss jedoch in einem Reglement auf kommunaler Ebene geregelt werden. Über die Einführung eines solchen Reglements stimmen wir nun ab.

WAS DAS REGLEMENT ZUR MEHRWERTABGABE ENTHÄLT

Das vorliegende Reglement würde die Mehrwertabgabe bei Neu-Einzonungen, welche in Nidau kaum mehr möglich sind, auf 30 Prozent des entstehenden Mehrwerts festlegen. Dies sind moderate 10 Prozent mehr als die auf Bundesebene definierte Mindestabgabe von 20 Prozent. Bei Mehrwerten von unter 20'000 Franken entfällt eine Abgabe.

Bei Um- und Aufzonungen wurde ein grosszügiger Freibetrag festgelegt, nämlich 100'000 Franken. Das bedeutet, dass nur über diesem Wert liegende planungsbedingte Mehrwerte überhaupt einer Abgabe unterliegen. Auch hier ist ein Abgabesatz von 30 Prozent vorgesehen. Als EigentümerIn einer Liegenschaft oder eines Landstücks streicht man also bei grösseren, durch Auf- oder Umzonungen entstehenden Mehrwerten, immer noch mindestens 100'000 Franken ein - einfach so! Und auch vom Rest behält man noch mehr als zwei Drittel.

DIE MEHRWERTABGABE MACHT INVESTITIONEN MÖGLICH, DIE ALLEN ZUGUTE KOMMEN

Einnahmen aus der Mehrwertabgabe sind gemäss Raumplanungsgesetz des Bundes zweckgebunden. Sie dürfen - nach dem Abzug eines Kantonsanteils von 10 Prozent - neben allfälligen Entschädigungen bei planungsbedingten Enteignungen und ähnlichem nur für raumplanerisch gewollte Zwecke eingesetzt werden. Dazu gehören ökologische Aufwertungen, die allgemeine Aufwertung des öffentlichen Raums, aber auch die Förderung von Routen des Langsamverkehrs, also Fuss- und Velowege. Auch der gemeinnützige Wohnungsbau darf mit den Einnahmen unterstützt werden. Mit der Einführung des Reglements für die Mehrwertabgabe sorgen wir darum dafür, dass von planungsbedingten Mehrwerten auch die breite Bevölkerung profitiert und nicht nur die Besitzerinnen und Besitzer von Immobilien. Mehrwert für alle, statt für wenige.

WAS SAGEN DIE GEGNERINNEN EINER MEHRWERTABGABE?

Grundsätzlich problematisch bei Mehrwertabschöpfungen wäre, wenn die Mehrwertabgabe bezahlt werden müsste, bevor die Zugewinne überhaupt realisiert werden. Die vorliegende Vorlage jedoch berücksichtigt dieses Problem: Mehrwertabgaben werden erst dann fällig, wenn die zusätzlichen Nutzungspotentiale effektiv baulich realisiert werden.

Natürlich kann die Mehrwertabgabe bei betroffenen Objekten dazu führen, dass deren Handelspreise steigen. Dies fördert jedoch genau, dass die bei Um- und Aufzonungen politisch beschlossenen Verdichtungs- oder Erneuerungseffekte auch in die Tat umgesetzt werden. Das Argument, dass eine Mehrwertabgabe diesen Bestrebungen entgegen steht, ist mindestens fragwürdig. Auch werden sich bestehende Mietverhältnisse nicht verteuern, ausser es kommt

IMPRESSUM:

Auflage: 4000 Exemplare

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei Nidau, info@sp-nidau.ch, www.sp-nidau.ch

Redaktionsteam: BBettina Bongard, Tobias Egger, Michael Kramer

Beiträge: Bettina Bongard, Tobias Egger, Michael Kramer, Kurt Schwab

Verteilung: Direct Mail Biel-Bienne AG

Fotos: SP Nidau

Druck: Witschi Druck, Nidau

Layout / Satz: Herren Print AG, Nidau

WEITERE INFOS

Auf www.nidau.ch/mwar finden Sie unter anderem ein anschauliches Video, worum es beim Reglement zur Mehrwertabgabe geht.

im Zuge von Sanierungen, Aus- oder Umbauten zu Steigerungen des Wohnkonforts. Das ist aber auch jetzt schon so und nicht bedingt durch die Mehrwertabgabe.

Ebenfalls oft kritisiert wird, dass die Bestimmung der Mehrwerte viel Aufwand generiert, die Erträge jedoch unklar sind. Es stimmt, dass Aufwand entsteht. Aber angesichts des Entwicklungspotentials und der attraktiven Lage der Stadt Nidau kann man davon ausgehen, dass es sich lohnen wird. Es ist unter anderem darum auch essentiell, dass ein Reglement zur MWAR noch vor den anstehenden (Teil-) Ortsplanungsrevisionen umgesetzt wird und jetzt nicht auf der Zielgeraden ausgebremst wird.

UMLIEGENDE GEMEINDEN HABEN LÄNGST GEHANDELT

Für die positive Bilanz von Mehrwertabschöpfungen bei Um- und Aufzonungen spricht auch, dass umliegende Gemeinden längst entsprechende Reglemente haben und umsetzen. Alle umliegenden Gemeinden verfügen bereits über entsprechende Reglemente: in Biel seit 2017, in Brugg seit 2018, in Bellmund und Ipsach seit 2019, und in Port gibt es seit 2012 mindestens entsprechende Richtlinien. Die Stadt Nidau steht also isoliert da, und mit der Einführung eines MWAR-Reglements wird vielmehr ein Versäumnis aus der Vergangenheit nachgeholt, als dass es sich um ein progressives

Vorhaben handeln würde. Einige Gemeinden erheben auch deutlich höhere Abgabesätze oder haben tiefere Freibeträge.

„JA“ ZUM REGLEMENT ÜBER DIE MEHRWERTABGABE

Schon 2017 hat die Sozialdemokratische Partei Nidau erkannt, dass wir in Nidau ein Reglement zur Mehrwertabgabe benötigen und im Stadtrat einen entsprechenden Vorstoss durchgebracht. Vier Jahre später ist es nun an der Zeit: Stimmen Sie am 13. Juni 2021 ab und sagen Sie „JA“ zum Reglement über die Mehrwertabgabe!

WER HAT, DEM WIRD GEGEBEN

Auch ich habe das Glück, Mitbesitzer einer Liegenschaft zu sein. Eigene Partikulärinteressen sprechen damit eigentlich gegen eine Mehrwertabgabe. Und trotzdem würde ich - wenn ich jetzt nicht einige hundert Meter ennet der Gemeindegrenze wohnen würde - ein entschiedenes „Ja“ zu einer Mehrwertabgabe bei Um- und Aufzonungen in Nidau in die Urne legen.

Es ist gerecht und einfach nur logisch, wenn ich dem Gemeinwesen, welches den Wertzuwachs ohne mein Zutun generiert, einen Teil dieses Geschenks zurück gebe. Alles andere ist purer Egoismus und fördert das Credo „Wer hat, dem wird gegeben“. Mit einer Mehrwertabgabe wird dem wenigstens ein bisschen entgegen getreten.

Kritisieren könnte man vielmehr, dass der Freibetrag von 100'000 Franken, der einem bei entsprechendem Mehrwert in den Schoss fällt, sehr hoch gesteckt ist und der soziale Ausgleich damit zu moderat ausfällt. Aber nach dem Motto „lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach“ darf die Einführung eines Reglements daran keinesfalls scheitern!

STIMMEN SIE DARUM „JA“ ZUM REGLEMENT ÜBER DIE MEHRWERTABGABE!

ABSTIMMUNGEN VOM 13. JUNI 2021

Alle Abstimmungsvorlagen auf einen Blick

JA ZUM REGLEMENT ÜBER DIE MEHRWERTABGABE

Mit einem Ja zum Reglement über die Mehrwertabgabe sorgen wir dafür, dass künftig bei Auf- und Umzonungen und damit verbundenem Wertzuwachs nicht mehr nur Immobilienbesitzerinnen und -besitzer profitieren, sondern auch die Allgemeinheit. Mehrwert für alle, statt Profit für wenige. Details finden Sie in unserem Artikel auf Seite 2.

JA ZUR SANIERUNG DER HAUPTSTRASSE 78

Die Sanierung des stadteigenen Guggerhauses an der Hauptstrasse 78 ist eine sinnvolle Investition. Sie bewahrt und modernisiert das schützenswerte Objekt und sorgt dafür, dass die Nidauerinnen und Nidauer sich noch lange an dieser Perle aus der Jahrhundertwende freuen können. Mehr dazu in unserem Artikel ab Seite 4.

JA ZUM CO2-GESETZ

Das CO2-Gesetz, über das wir am 13. Juni 2021 abstimmen, stellt einen ersten, wichtigen Schritt zur Reduktion des CO2-Ausstos-

ses dar. Wird das Gesetz abgelehnt, verlieren wir entscheidende Jahre im Kampf gegen die Klimakrise. Das können wir uns nicht leisten! Klar - das CO2-Gesetz könnte weiter gehen, weitere Schritte werden folgen müssen. Doch auch in der vorliegenden Form bedeutet es erste, entscheidende, wichtige Schritte für den Klimaschutz.

2X JA ZU WENIGER PESTIZIDEN UND SAUBEREM TRINKWASSER

Mit dem Ja zur Trinkwasserinitiative sorgen wir dafür, dass nur noch eine zukunftsfähige Landwirtschaft mit Direktzahlungen unterstützt wird. Betriebe erhalten eine Umstellungsfrist von acht Jahren. Mit dem Ja zur Initiative für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide ergreifen wir die Chance für eine gifffreie Zukunft und zum Erhalt einer intakten Umwelt, eine der wichtigsten Grundlagen für unsere Versorgung. Die Übergangsfrist beträgt hier zehn Jahre.

JA ZUM COVID-GESETZ

Der Kern des Gesetzes bilden die wirtschaft-

lichen Abfederungsmassnahmen für alle direkt und indirekt betroffenen Branchen - von der Gastronomie über die Kultur bis zu den Medien. Die finanzielle Unterstützung ist zentral für die Bekämpfung der Pandemie. Bei einem Nein zum Covid-Gesetz würden unsinnigerweise alle diese Errungenschaften und Unterstützungsleistungen per Ende September eingestellt. Die gesundheitlichen Massnahmen wie Maskenpflicht oder Restaurant-Schliessungen sind ausdrücklich nicht Teil der Vorlage. Wenn sich Menschen in Existenznot gestützt fühlen, sind sie eher bereit, diese gesundheitlichen Massnahmen mitzutragen.

NEIN ZUM ANTI-TERROR-GESETZ

Das Gesetz opfert den Rechtsstaat und den Schutz der Menschenrechte für die Terrorbekämpfung, ohne dass es der Schweiz mehr Sicherheit bringt. Im Gegenteil: Die Gesetzesvorlage sorgt für Unsicherheit und Willkür. Der Rechtsstaat ist nicht verhandelbar. Das geplante Terror-Gesetz ist der Schweiz unwürdig.

KOMMUNALE ABSTIMMUNG VOM 13. JUNI 2021

Geben wir diese Perle nicht her - JA zur Sanierung des Guggerhauses



Autor: Kurt Schwab, Gemeinderat

Am südlichen Eingang von Nidau, auf der linken Seite steht ein schützenswertes Objekt, das um die Jahrhundertwende 1899/1900 erbaut wurde. Im Erdgeschoss sind Büroräumlichkeiten, und in den beiden Obergeschossen je eine Wohnung eingebaut.

Der Kauf der Liegenschaft durch die Stadt Nidau erfolgte im Jahr 2013 aus strategischen Gründen, so konnte die Stadt bei der Gestaltung und Neuplanung des Quartiers westlich des Bahnhofes entsprechend mitreden und mitentscheiden. Seit fünf Jahren ist das Gebäude unbewohnt, das hat verschiedene Gründe: Der Unterhalt des Gebäudes wurde nur marginal durchgeführt, da verschiedene Projekte im Quartier am Laufen waren und noch unklar war, wie und was mit dem Gebäude geschehen sollte. Die Wohnungen waren sanierungsbedürftig und ein Wasser-

schaden hatte noch zusätzliche, durch die Versicherung gedeckten Schäden verursacht, was zusätzliche Arbeiten im und am Haus zur Folge nötig gemacht hätte. Durch personelle Wechsel verzögerten sich die dringend nötigen Arbeiten.

EINE SANIERUNG IST UNUMGÄNGLICH

Für eine künftige Nutzung oder Vermietung bedarf es nun einer umfassenden Sanierung der denkmalgeschützten Bausubstanz und der technischen Anlagen. Zu beachten sind im Besonderen auch die energetischen, bauphysikalischen und lärmschutzrelevanten Anforderungen. Dementsprechend sind auch die aktuellen Sicherheits- und Brandschutzanforderungen einzuhalten und mit den Ansprüchen der Denkmalpflege abzustimmen. Im Stadtrat wurde das Geschäft «Sanierung Hauptstrasse 78» in der Septembersitzung 2020 behandelt. Der Sanierung wurde mit 16 Ja zu 12 Nein zugestimmt und dafür 1.465 Millionen Franken bewilligt. Dagegen wurde das Referendum ergriffen und so wird am kommenden 13. Juni in einer Volksabstimmung über dieses Geschäft entschieden.

DER STEUERHAUSHALT DER GEMEINDE WIRD NICHT BELASTET

Die Finanzierung der geplanten Sanierung erfolgt nicht über den Steuerhaushalt, sondern sie erfolgt im Rahmen der allgemeinen Liquiditätsbewirtschaftung der Spezialfinanzierung Liegenschaften Finanzvermögen. Aus dem

kantonalen Förderprogramm ist mit mehreren Beiträgen, insgesamt über 120'000 Franken zu rechnen und versicherungsseitig stehen noch fast 90'000 Franken aus, die an den entstandenen Wasserschaden geleistet werden. Nach erfolgter Renovation können zwei sanierte Wohnungen auf energetisch neuem Stand vermietet werden und im Erdgeschoss stehen Büroräumlichkeiten zur Verfügung. Mit der Vermietung fließen entsprechende Mieterträge in Nidaus Taschen.

NICHTS TUN ODER EIN VERKAUF SIND SCHLECHTE OPTIONEN

Ohne die Sanierung muss die Stadt das Guggerhaus entweder weiterhin bei hohen Betriebskosten und ohne Mietzinseinnahmen unterhalten oder verkaufen. Im Hinblick auf die Neuplanung dieses Quartiers jedoch ist es von Vorteil, wenn Nidau Eigentümerin der Liegenschaft ist, so bleibt in Bezug auf die Neugestaltung des Eingangs zum Stedtli der Planungsspielraum erhalten.

Es ist eine sinnvolle Investition, dieses schützenswerte Objekt zu bewahren und den energetisch vorgeschriebenen Vorschriften entsprechend anzupassen, so dass dieses schöne Gebäude für Nidau und die Nachwelt erhalten bleibt.

IN KÜRZE

- Gemeinde- und Stadtrat unterstützen das Projekt
- Kosteneinsparungen in Unterhalt, Betrieb (fast 50%) und Energie
- es handelt sich um eine Finanzanlage
- Das gute bis sehr gute Gebäudesubstanz wird erhalten
- es wird eine Bruttorendite von 2.4% erzielt
- energierelevante Massnahmen werden umgesetzt

**STIMMEN SIE „JA“ ZUR
SANIERUNG DER
HAUPTSTRASSE 78
(GUGGERHAUS)**



„Optisch eine Perle, aber mit Sanierungsbedarf: das Guggerhaus an der Hauptstrasse 78.“

DIE SP NIDAU PRÄSENTIERT

„Ich möchte Brücken bauen.“



„Unser Kandidat für die Wahlen ums Stadtpräsidium, Tobias Egger.“

Nach der stillen Wiederwahl der Stadtpräsidentin vor vier Jahren wird es dieses Jahr wieder eine Auswahl geben. Für die sozialdemokratische Partei Nidau wirft Tobias Egger seinen Hut in den Ring. Wir haben dies zum Anlass genommen, mit ihm über seinen Werdegang, seine langjährigen politischen Erfahrungen und Positionen zu sprechen.

Ich starte für einmal wie einst Roger Schawinski: Tobias Egger, wer bist du?

Ich bin ein 26-jähriger Jurist und noch Master-Student. Generell würde ich mich als relativ ehrgeizige und hart arbeitende Person bezeichnen. Was aber nicht heisst, dass ich nicht ab und zu etwas Freizeit geniessen würde. Eine gute Work-Life-Balance ist wichtig, um genug Energie zu haben, sich für Herzensangelegenheiten, wie beispielsweise die Politik, einzusetzen.

Was bedeutet dir Politik?

Politik ist eine Leidenschaft von mir. Das ist manchmal ein Vor- und Nachteil gleichzeitig. Es hat den Vorteil, dass man sich immer irgendwo reinknien kann, andererseits kann es einem manchmal nach einem Entscheid noch tagelang beschäftigen - auch wenn es nichts mehr bringt.

Ich will aktiv sein und etwas verändern.

Wie wurdest du politisiert?

Sicher durch mein Elternhaus, denn meine Mutter war früher ja auch im Stadtrat und hat sich politisch in der SP engagiert. Im Gymi wurden politische Diskussionen glücklicherweise auch durchaus gefördert,

und dann kamen einige gewichtige, von der SVP geprägte Vorlagen, die sehr kontrovers diskutiert wurden. Das hat bei mir dann den Ausschlag gegeben, nicht nur zu diskutieren, sondern auch aktiv zu werden und hoffentlich etwas zu verändern.

Und warum ist es dann die SP geworden?

Meine Mutter war jedenfalls sicher nicht der Grund, warum ich in der SP bin, eher im Gegenteil (lacht). Aber im Ernst: Letztlich haben sich unsere Meinungen dann offensichtlich doch recht gut gedeckt - und so war es auch mit der SP. Vom liberalen Staatsverständnis her fühle ich mich manchmal durchaus auch der FDP noch nahe. Aber sie ist halt viel zu wenig sozial ausgerichtet.

Ich bin Mitglied der wirtschaftsfreundlichen Reformplattform der SP Schweiz

Wie steht es aus deiner Sicht um die SP im Allgemeinen?

Es ist nicht ganz leicht, dem breiten Spektrum der SP, von JUSO bis zur wirtschaftsfreundlicheren Reformplattform und so weiter, mit einer Partei gerecht zu werden. Gleichzeitig ist es eine Leistung, dass die SP das kann. Ich bin Mitglied der Reformplattform und aus meiner Sicht ist es nicht ideal, wie das Präsidium der SP Schweiz derzeit besetzt ist. Überhaupt nicht wegen der Personen, sondern wegen der Breite. Ich hoffe, die beiden können trotzdem das ganze Spektrum der SP abholen.

Welche anderen Leitlinien definieren dein politisches Engagement?

Das ist jetzt vielleicht ein bisschen ein Klischeé, aber ich will mich vor allem auch für diejenigen einsetzen, die sonst nicht so eine gewichtige Stimme haben und sozial benachteiligt sind. Im Grundsatz geht es mir darum, dass allen zugehört wird und dass die soziale Mobilität gewährleistet ist. Da gibt es leider noch viel zu tun.

Welche Parallelen siehst du zwischen deinem sportlichen Hobby, American Football, und der Politik?



Autor: Michael Kramer, Vorstandsmitglied SP Nidau

Die gibt es durchaus: Man muss sehr gut planen und es ist ein strategisches Spiel, obwohl es teils sehr wild aussieht. Nicht ganz zu unrecht spricht man manchmal auch von Rasen-Schach. Es braucht sehr viel Koordination und Kooperation innerhalb des Teams und das braucht es letztlich auch in der Politik, um Anliegen durchzubringen. Wenn man das gut macht, hat man im American Football wie auch in der Politik gute Chancen, erfolgreich zu sein.

Das sehe ich als grossen Erfolg an, vor allem auch für die Stadt Nidau.



„Tobias Egger im Einsatz bei den Bienna Jets.“

Du bist schon seit sieben Jahren im Nidauer Stadtrat. Was bleibt aus dieser Zeit besonders in Erinnerung?

Die besten Erinnerungen sind an Geschäfte, bei denen man über Parteigrenzen hinweg arbeitete, sich einig wurde oder mindestens Mehrheiten finden konnte. Ich mag es zu koordinieren und andere Meinungen auch zuzulassen. Das ist das, was für mich am Interessantesten ist.

Ebenfalls finde ich, dass wir auch ohne linke Mehrheiten viele unserer Anliegen durchbringen konnten und meines Erachtens als Partei erfolgreich politisieren konnten. Das sehe ich als grossen Erfolg an, vor allem auch für die Stadt Nidau.

Du hast auch viele parlamentarische Vorstösse lanciert oder mitgetragen. Wo lief es gut, wo weniger?

Wo es gut lief, war bei der Seewassernutzung, wo es zu einer überparteilichen Lösung gekommen ist und dafür gesorgt wurde, dass die Stadt Nidau sich trotz allem aktiv beteiligt. Auch meine Motion zur Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips hat grosse Wirkung entfaltet, indem der Gemeinderat seither viel öfter und transparenter über seine Beschlüsse informiert.

Negativ bleibt mir in Erinnerung, dass die Kita-Initiative an der Urne knapp nicht angenommen wurde. Dort habe ich das Gefühl, dass wir das Geschäft bereits im Stadtrat besser hätten Vorsuren können.

Warum engagierst du dich in der Geschäftsprüfungskommission, die du 2018 und 2019 auch präsiert hast?

Die einfache Antwort wäre, dass ich damals einfach nachgerutscht bin, weil ein Sitz frei geworden war. Aber zum Glück hat die Geschäftsprüfungskommission auch eine wichtige Aufgabe, die mir sehr gefällt und ich als - inzwischen - Jurist auch gut machen kann: sie beurteilt die Rechtmässigkeit der Stadtratsgeschäfte. Die Kommission ist in Nidau nicht sehr politisch, und darum ergibt sich auch ein guter Nährboden für überparteiliche Zusammenarbeit oder mindestens den Austausch.

Obwohl du seit bald zwei Legislaturen im Stadtrat von Nidau bist, hat niemand einen jüngeren Jahrgang als du - und das dürfte schon eine gewisse Zeit so sein. Engagieren sich die jungen Leute zu wenig für Politik?

Auf der einen Seite stimmt das pauschal sicher nicht, gerade wenn man Bewegungen wie zum Beispiel den Klimastreik miterlebt. Andererseits sieht man in repräsentativen Umfragen, dass offenbar schon ein recht grosser Teil der Jugend eher apolitisch ist.

Und allgemein haben unabhängig von der Politik viele Vereine Mühe, genügend engagierten Nachwuchs zu finden, um Posten und Ämter zu besetzen. Da haben wir schon seit längerem ein gesellschaftliches Problem. Daran würde ich gerne auch als Exekutivpolitiker arbeiten.

Was läuft im jetzigen Stadtpräsidium nicht rund?

Ich finde, wir haben derzeit eine Stadtpräsidentin, die nicht gut mit unterschiedlichen Meinungen umgehen kann, und dadurch ist viel Vertrauen zwischen Gemeinde- und Stadtrat verloren gegangen. Natürlich ist es auch keine einfache Aufgabe, aber wenn es unterschiedliche Auffassungen über die ästhetische Qualität eines Christbaumschmucks bis in die nationale Presse schaffen, dann läuft doch etwas gehörig schief. Ich finde dies exemplarisch für das aus meiner Sicht fehlende Feingefühl unserer Stadtpräsidentin.

Ich möchte ein offenes Ohr für Anliegen aller politischen Couleurs haben

Was darf ich im Falle einer erfolgreichen Wahl vom Stadtpräsidenten Tobias Egger erwarten?

Ich möchte ein offenes Ohr für Anliegen aller politischen Couleurs haben und so möglichst viele Bedürfnisse der Nidauerinnen und Nidauer abholen. Auch die Vereine liegen mir am Herzen. Ich möchte Brücken bauen und dafür sorgen, dass wir alle miteinander an einem zukunftsfähigen Nidau arbeiten. Es bleibt viel zu tun, um die Lebensqualität von allen zu steigern.

Auch die SVP hat bekannt gegeben, ins Rennen um das Stadtpräsidium einzusteigen. Was sind deine Gedanken dazu?

Grundsätzlich begrüsse ich es, wenn es eine Auswahl gibt. Dass das Stadtpräsidium vor vier Jahren in einer stillen Wahl beibehalten wurde, fand ich schade. Von dem her wird das der politischen Diskussion im Stedtli gut tun.

Bist du nicht zu jung für das Amt des Stadtpräsidenten? Oder anders gefragt: Kannst du den Ausgleich zwischen den Generationen schaffen?

Ich glaube tatsächlich, dass ich das kann.

Dadurch, dass ich schon lange in der Politik und neben meinem Studium immer im Arbeitsmarkt tätig bin, ist es für mich völlig normal, mit Personen zusammen zu arbeiten, die teils deutlich älter sind als ich. Damit komme ich gut zurecht. Und gleichzeitig kann mein Alter ein Vorteil sein, um auch Jüngere ins Boot zu holen. Zusätzlich bringe ich als Jurist auch fachlich viel mit.

Ich stehe für eine pragmatische Zusammenarbeit innerhalb des ganzen politischen Spektrums.

Du wirst voraussichtlich gegen die amtierende Stadtpräsidentin sowie einen amtierenden Gemeinderat antreten. Wo siehst du deine Vorteile?

Ich glaube, dass ich im gesamten politischen Spektrum gut vernetzt bin und für eine pragmatische Zusammenarbeit über die Parteien hinweg stehe. Das hat mir SP-intern zwar auch schon Kritik eingebracht, ist für mich aber selbstverständlich. Auch bin ich noch ein Stückweit unverbraucher, weil ich noch nicht an der Front war. Dadurch ist mein Rucksack nicht mit negativen Ereignissen beladen, wie das bei den beiden anderen der Fall ist.

Persönlich

26 Jahre alt

Hobbies:

American Football, Fitness, Joggen

Lieblingslektüre: Tageszeitung

Lieblingfilm/-serie: Star Wars

Lieblingort: das Ufer des Bielersees

Lieblingbuch: „Schuld“ von Ferdinand von Schirach

Politik

Stadtrat seit 2015

Fraktionsschef SP seit 2016

Mitglied der Geschäftsprüfungskommission seit 2016

Präsident Geschäftsprüfungskommission (2018/19)

Vorstand SP Nidau seit 2015

Beruf

Jurist bei der Bildungs- und Kulturdirektion des Kantons Bern

Masterstudent der

Rechtswissenschaften, Uni Basel

KOMMUNALE WAHLEN 2021

Voller Vorfreude auf die Wahlen im Herbst



Autor: Bettina Bongard, Mitglied des Wahlausschusses der SP Nidau

Die SP wird wiederum mit fünfzehn Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratswahlen im Herbst antreten. Neben sieben Bisherigen kandidieren auch acht „Neulinge“. Auch das Stadtpräsidium wird diesmal wieder ins Visier genommen.

Am 26. September 2021 stehen in Nidau die kommunalen Wahlen zur Neubesetzung des Stadt- und Gemeinderats an. Auch beim Stadtpräsidium wird es diesmal, im Gegensatz zu den Wahlen 2017, eine Kampfwahl geben. An der Sektionsversammlung vom 11. Mai wurden alle SP-Kandidierenden für die Wahlen 2021 nominiert.

EIN BUNTER MIX FÜR DEN STADTRAT

Von den bisherigen hat sich einzig Brigitte Deschwanden-Inhelder dazu entschlossen, nicht mehr für den Stadtrat anzutreten. Nach den vielen, vielen Jahren im Parlament ist

die Zeit für den Abschied gekommen. Herzlichen Dank für das grosse Engagement. Die Liste derjenigen, die wiederum oder neu kandidieren, umfasst einen bunten Mix: die Jüngste hat Jahrgang 1995, der Älteste ist 74 Jahre alt. Es kandidieren sechs Frauen und neun Männer, vom Buezer bis zur Direktorin. Auch eine francophone Kandidatin ist dabei. Allen gemeinsam ist, dass sie sich gerne für Nidau engagieren und unsere Stadt zum Positiven verändern wollen.

MIT BEWÄHRTEN KRÄFTEN INS RENNEN FÜR DEN GEMEINDERAT

Marc Eyer tritt nach acht Jahren im Gemeinderat nicht mehr zur Wiederwahl an - an dieser Stelle bereits jetzt herzlichen Dank für das grosse Engagement. Die beiden weiteren, bisherigen SP-Mitglieder im Gemeinderat, Sandra Friedli und Kurt Schwab, stellen sich zur Wiederwahl. Zusätzlich kandidiert Tobias Egger, langjähriger Stadtrat und Chef der SP-Fraktion.

ANGRIFF AUFS STADTPRÄSIDIUM

Neben der Kandidatur bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen bewirbt sich Tobias Egger auch für das Stadtpräsidium. Ein ausführliches Interview mit ihm finden Sie in dieser Ausgabe des NIDAU.links. Wir freuen uns auf einen spannenden Wahlkampf mit ihm und sind zuversichtlich, dass die Stadt Nidau bald erstmals mit einem SP-Mitglied besetzt sein wird. Die Zeit scheint reif!

Die SP-Kandidierenden im Überblick

Für den Stadtrat

Bisherige:

Bettina Bongard, 1970, Innendekorateurin/Berufsschullehrerin
Tobias Egger, 1995, Jurist
Niils Kallen, 1993, Assistenzarzt
Noemi Kallen, 1995, Masterstudentin Architektur ETH
Damian Kessi, 1989, Fachmitarbeiter Aussenbeziehungen
Valérie Kessi, 1990, Architektin FH
Käthy Lützelschwab, 1966, Lehrerin

Neu:

Sascha Cura, 1973, Logistiker
Corinne Liechti, 1979, Direktorin Stiftung Dessaulles
Hugo Liechti, 1957, Rentner
Luzius Peter, 1964, Kaufmann/Mitglied GL
Catherine Ruef, 1961, Buchhalterin
Martin Schwab, 1994, Student Energietechnik HF
Dominik von Aesch, 1989, Architekt FH
Daniel Weibel, 1964, Schulleiter/Lehrer

Für den Gemeinderat

Sandra Friedli, 1968, Musik- und Bewegungspädagogin/Musikschulleiterin (bisher)
Kurt Schwab, 1957, Lehrer/Dozent (bisher)
Tobias Egger, 1995, Jurist (neu)

Für das Stadtpräsidium

Tobias Egger, 1995, Jurist (neu)



„Zum 1. Mai trafen sich die meisten Kandidierenden zu einem Apéro beim Balainen-Schulhaus.“

DIE SP INITIERT

Expo-Park – Quo vadis? Zur Idee einer Volksinitiative zur Nutzung des Expo-Areals



Autor: Tobias Egger, Stadtrat SP Nidau

Als die beiden Stadträte von Nidau und Biel am 18. März 2021 das Projekt AG-GLolac ablehnten, herrschte grosse Uneinigkeit. Die Gräben zogen sich nicht nur quer durch die beiden Städte, sondern auch quer durch die Parteien. In zwei Punkten bestand jedoch Einigkeit. Erstens: mit dem Ergebnis und dem angerichteten Scherbenhaufen ist niemand wirklich zufrieden. Zweitens - und viel wichtiger: am Status quo darf nicht festgehalten werden; es muss etwas gehen auf dem Expo-Areal.

Aus diesem Grund wurde umgehend ein Dialog zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Bieler SP, PSR und Juso sowie der SP Nidau hergestellt, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Es wurde rasch klar, dass das Hauptanliegen aller Beteiligten darin bestand, der Bevölkerung beider Städte rasch eine Perspektive für das Expo-Areal zu bieten.

MITTELFRISTIG KEINE UNNÜTZE NICHTNUTZUNG DES AREALS MEHR

Als kurz- bis mittelfristiges Ziel wurde definiert, dass der fragliche Perimeter verschiedenen Nutzungsformen, die der Bevölkerung zu Gute kommen, zugänglich gemacht werden soll. Weitere Jahre des Brachliegens und der unnützen Nichtnutzung sollen tunlichst vermieden werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen jedoch zuerst die notwendigen rechtlichen Grundlagen geschaffen



„Trotz wenigstens einiger Zwischennutzungen: viel ungenutzter Platz beim ehemaligen Expo-Park.“

und der politische Willen der Bevölkerung erfragt werden. Weil das Gelände sich innerhalb der Gemeindegrenzen von Nidau befindet und die Stadt Biel «nur» Grundeigentümerin ist, sind die grösseren politischen Anstrengungen in Nidau zu leisten. Hierfür wurde im Dialog zwischen der Nidauer SP, der Bieler SP, dem PSR und der Juso die Volksinitiative als das am besten passende politische Instrument gewählt.

WARUM IN NIDAU EINE VOLKSINITIATIVE WICHTIG IST

Die Volksinitiative bringt für dieses Vorhaben verschiedene Vorteile mit, wobei der grösste wohl darin besteht, dass das Nidauer Stimmvolk zwingend befragt werden muss. Ein allfällig positiver Volksentscheid hätte somit auch die nötige Durchschlagskraft. Die Stadt Biel als Grundeigentümerin müsste allerdings auch ihr Einverständnis geben. Damit der politische Wille auch auf Bieler Seite zum Ausdruck kommt, würde dort ein entsprechender Vorstoss im Stadtrat eingereicht.

DIE ECKPFEILER STEHEN, ...

Die wichtigsten Kernpunkte, welche durch das vorhergehend skizzierte Vorgehen umgesetzt werden sollen, wurden definiert.

Erstens sollen verbindliche Kriterien festgelegt werden, bei deren Erfüllung ein Anspruch auf Bewilligung einer Zwischennutzung besteht. Das gibt Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern eine gewisse Planungssicherheit. Zweitens sollen Nutzungen gefördert werden, die nicht viele Lärmemissionen verursachen. Die Bewilligungen von Grossanlässen sollen das heutige Niveau nicht übersteigen. Drittens soll ein Minimum an Infrastruktur installiert werden (Strom, Wasser, evtl. sanitäre Einrichtungen). Viertens und letztens sollen weiterhin auch kommerzielle Nutzungsformen möglich sein.

... ABER ES GIBT NOCH EINIGES ZU KLÄREN

Bis zum fertigen Initiativtext gibt es aber noch einige zusätzliche Fragen zu klären. Es wäre nicht im Interesse der SP, eine Volksinitiative zu lancieren, deren Umsetzung nicht möglich ist. So muss geklärt werden, ob für die Erfüllung der Anliegen eventuell der Zonenplan geändert werden muss. Was jedoch schon heute feststeht: Eine so koordinierte und produktive Zusammenarbeit zwischen Nidauer und Bieler Genossinnen und Genossen hat schon länger nicht mehr stattgefunden.

Initiative für
sauberes Trinkwasser **JA**

Intéressé?

N'hésitez pas à nous contacter!

 info@sp-nidau.ch

 facebook.com/sp-nidau

Interessiert?

Kontaktieren Sie uns!

 079 963 24 22

 www.sp-nidau.ch